
Europa – Leitbild und Herausforderung christlich-demokratischer Politik

Hans-Otto Kleinmann

Kaum ein anderer geschichtlicher Prozeß weist eine vergleichbare Folge von miteinander verbundenen, auf einer Linie weiterführenden Stationen auf wie die europäische Integration: von der Gründung des Europarates 1949 über die Römischen Verträge 1957 bis zum Vertrag über die Europäische Union in Maastricht 1991 und zu den Amsterdamer Gipfelbeschlüssen von 1997, vom Europa der Sechs zur Europäischen Union mit 25 Mitgliedern und mit direkt gewähltem Parlament. Nicht zufällig ist das europäische Einigungswerk mit einem Zug verglichen worden, dem zwar Steigungen und Umwege, unplanmäßige Streckenaufenthalte und Verspätungen nicht erspart blieben, aber der dennoch beharrlich mit Blick auf sein Bestimmungsziel, die Politische Union Europas, Spur hielt. Das geschah ohne vorgegebenen Fahrplan, ohne einen Automatismus der Weichenstellung, wohl aber der „Idee Europa“ folgend, dem inneren Kompaß, dessen Kardinalpunkte das Bewußtsein zivilisatorischer Gemeinsamkeit, das Bedürfnis dauerhafter Sicherheit in einer Friedensordnung, die Konkurrenzfähigkeit als einheitlicher wirtschaftlicher Großraum und der Anspruch weltpolitischer Ebenbürtigkeit bildeten. Die Verwirklichung dieser „Idee Europa“, die faktische Geschichte der europäischen Einigung, war freilich immer eine Frage der Politik, abhängig von bestehenden politischen Kräfteverhältnissen wie vom Willen der verantwortlichen Akteure.

Die Parteien der Christlichen Demokratie, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges entstanden, zogen am radi-

kalten die politische Konsequenz aus der Selbstzerfleischung Europas und aus seiner Verstümmelung im Abwehrkampf gegen den nationalsozialistischen und stalinistischen Totalitarismus. Nach dem treffenden Wort von Leo Tindemans, dem ehemaligen belgischen Ministerpräsidenten und ersten Präsidenten der Europäischen Volkspartei (EVP), besaßen die Christdemokraten nach der Katastrophe des Weltkrieges „den Mut, den Lauf der Geschichte in andere Bahnen zu lenken“. Ihren Neuordnungsideen lag eine Neubesinnung auf die gemeinsamen Werte der europäischen Geschichte, auf die Bindung der europäischen Staaten an das Recht, an die unverlierbare Würde der menschlichen Person und die christliche Kultur zugrunde. Sie erstrebten eine neue Solidarität der Nationen, einen den Nationalismus überwindenden Universalismus, eine neue Gemeinsamkeit zur Überwindung der Probleme eines europäischen Wiederaufbaus.

Daß die Christliche Demokratie nach 1945 zur tragenden und treibenden Kraft der europäischen Einigungspolitik wurde, hing eng mit ihrem Aufstieg in der besonderen Nachkriegssituation zusammen. Die Friedenssehnsucht vieler Menschen, die sich mit einer Hinwendung zur christlichen Botschaft verband, schloß die Ablehnung des Nationalismus und die Hoffnung auf eine Erneuerung staatlichen Zusammenlebens im Geiste des Christentums ein. Die erfolgreichen christlich-demokratischen Parteigründungen förderten, vor allem in den Ländern mit einem starken Katholizismus, das Bewußtsein historischer und geistiger Gemeinsamkeit im „abendländischen“ Kulturkreis. Auf dieser weltanschaulichen Grundlage wurde die Einigung Europas schon bald nach Kriegsende als politische Aufgabe erkannt und in Angriff genommen. Bereits die Programmatik des politischen Neuanfangs enthielt die wesentlichsten Bausteine einer neuen Europaordnung: das Leitbild des „christlichen Abendlandes“, die Negation des nationalen Machtstaates, das föderalistische Prinzip, den

Willen zur Zusammenarbeit mit anderen Völkern im Geiste des Friedens, der Freiheit und Gerechtigkeit sowie die Schutzfunktion angesichts der kommunistischen Gefahr. Von Anfang an wurde ein vereinigtes Europa als Gemeinschaft der Freiheit und des Friedens verstanden, und Friede war für die christlich-demokratische Politik nicht nur Schutz oder Wiederherstellung einer gestörten Ordnung, sondern Entwicklung einer neuen Ordnung zwischen den Staaten und Völkern. In diesem Geiste begann nach dem Zweiten Weltkrieg, in Abwehr der kommunistischen Gefahr und der Bedrohung durch die stalinistische Sowjetunion, die politische Integration Europas.

Für die CDU war Konrad Adenauer der Exponent ihrer entschiedenen Europaorientierung. Das Wirken des ersten Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland steht auch beispielhaft für die Kontinuität des Europagedankens, wie er schon nach dem Ersten Weltkrieg eine große Anziehungskraft ausübte und eine „Europa-Bewegung“ entstehen ließ. Wesentliche Elemente seiner europapolitischen Konzeption, wie die Zusammenführung der Wirtschaftsinteressen, die deutsch-französische Kooperation und die Aktualisierung „gemeinsamer Wertstrukturen“ (Werner Weidenfeld), hatten sich bereits in der Zwischenkriegszeit herausgebildet. Was die Europakonzeption des Gründungskanzlers zur politischen „Zauberformel“ (Hans-Peter Schwarz) machte, war die Amalgamierung von „ideellen Beweggründen und wohlbedachten Interessenkalkulationen“. Die Zukunftsmöglichkeiten Europas mit Einbeziehung Deutschlands „als gleichberechtigtes und gleichverpflichtetes Land“ beschäftigten Adenauer weit über die Sicherheitsfrage hinaus auch in einer idealistischen Perspektive. Mit den „Vereinigten Staaten von Europa“ sollte der vom Nationalismus getäuschten, demoralisierten deutschen Jugend ein politisches Ziel vor Augen gestellt werden, für das sich zu engagieren lohnen würde. So appellierte er auf der Zonenausschußsitzung der CDU im Oktober 1948 an



Bundestagswahl 1953

die Partei: „Wir sollten in der Frage der europäischen Föderation mit ganzer Kraft vorangehen und antreiben, denn das ist für uns Deutsche die einzige Möglichkeit, irgendwie wieder in der Welt etwas wirken zu können ... und unserer Jugend eine Zukunft zu geben.“ Und in ähnlichem Sinn führte er 1950 auf dem Gründungsparteitag der Bundes-CDU zum Schumanplan aus: „Wir wollen ihn, wie alles, was zum Zusammenschluß Europas führt ... Wir werden unsere Jugend im Geiste der europäischen Gemeinschaft erziehen.“

Für die Mehrheit in den Unionsparteien galt auch, daß die Friedensregelung für Deutschland und die politische Organisation Europas zwei Seiten des gleichen Problems waren. Deutsche Politik konnte danach nur mehr europäische Politik sein. Aus der Erkenntnis des funktionalen Zusammenhangs zwischen dem Schicksal Deutschlands und dem Schicksal Europas⁸ erwuchs die Überzeugung, daß die neue europäische Ordnung nicht nur als kollektives Sicherheitssystem, sondern auch als Ganzes, als Einheit zur Identifikation verwirklicht werden müsse. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Karl Arnold faßte das 1949, in einer Dankrede an die belgische Regierung für die Zurückstellung der von Belgien beanspruchten Gebietsabtretungen, in die Sentenz: „Deutschland bleibt unser Heimatland, Europa aber soll unser Vaterland werden.“

Ebenso früh, wie die Unionsparteien für die Schaffung einer europäischen Föderation eintraten – „seit ihrem Bestehen“, bemühten sie sich um die supranationale Verständigung und Zusammenarbeit der Christlichen Demokratie in Europa. Erste Kontaktaufnahmen christlicher Politiker nach Kriegsende führten seit 1947 zu den „Genfer Zusammenkünften“. Eine fördernde Rolle als Initiatoren spielten dabei emigrierte Zentrums политики, die in Anknüpfung an internationale Organisationsbemühungen des politischen Katholizismus der Zwischenkriegszeit den Repräsentanten der in Deutschland neugegründeten christlich-demokrati-

schen Parteien die Begegnung und den Gedankenaustausch mit weltanschaulich nahestehenden, europäischen Politikern ermöglichen wollten. Zeitlich parallel dazu begannen sich, unter der Regie des französischen Mouvement Republicain populaire (MRP), der Partei Robert Schumans und Georges Bidaults, die Nouvelles Équipes Internationales als Vereinigung von christlichen Parteien, christlichen Parlamentariergruppen und einzelnen Führungspersönlichkeiten zu organisieren.

Auf einem ersten Treffen in Luzern im November 1947 konnten sich die deutschen Parteien durch ihre Vertreter nur einführen und im Grundsatz zur Mitarbeit für ein christlich inspiriertes vereintes Europa bereit erklären. Es ging zunächst darum, die Deutschen „in die aufstrebende Familie der Christlichen Demokraten aufzunehmen“. An den ersten Treffen nahmen neben Konrad Adenauer und seinem persönlichen Referenten Herbert Blankenhorn von der CDU/CSU-Arbeitsgemeinschaft der Generalsekretär Bruno Dörpinghaus und die Vorstandsmitglieder Jakob Kaiser, Heinrich von Brentano, Friedrich Wilhelm von Prittwitz und Gaffron und Ulrich Steiner (alle CDU) sowie Josef Müller und Fritz Schäffer (CSU) teil. Auch die Namen Helene Weber, Carl Schröter, Otto Lenz und Rainer Barzel finden sich.

Die NEI waren wie ein „Klub“ organisiert: an der Spitze ein Leitungsausschuß, der, von den „Équipes Nationales“ mit je vier Vertretern besetzt, satzungsgemäß alle drei Monate zusammentrat und seine Beschlüsse nach dem Mehrheitsprinzip faßte. Die eigentliche Arbeitsorganisation oblag dem jährlich neuzubildenden „Politischen Büro“, das, aus einem Präsidenten, vier Vizepräsidenten und dem Generalsekretär bestehend, vor allem für die Information und den jährlichen internationalen Kongreß zuständig war. Ausschüsse für Jugend, Kultur, Wirtschaft und Soziales sowie für Ost/West-Fragen unterstützten auf bestimmten Politikfeldern die Koordinierungsarbeit für die 16 Mitgliedsparteien.

Die deutsche Delegation auf dem zweiten und dritten NEI-Kongreß im Frühjahr und Herbst 1948 wurde von Adenauer angeführt. Diese Tagungen gaben den deutschen Teilnehmern nicht nur Gelegenheit, durch eingehende Darlegung der Lage Deutschlands die Dringlichkeit einer europäischen Einigungspolitik vorzustellen. Sie erwarben hier auch für die CDU/CSU und ihre führenden Repräsentanten ein Vertrauenskapital, mit dem nach Gründung der Bundesrepublik die Europapolitik und der Kurs der Westbindung schrittweise zum Erfolg geführt werden konnte. Von der „Internationalen“ der Christlichen Demokraten in Europa gingen wesentliche Impulse für die europäische Gemeinschaftsbildung aus. Das Verhältnis zwischen Christlicher Demokratie und Europa-Bewegung war so eng, daß der Beginn der supranationalen christlich-demokratischen Zusammenarbeit sich mit den Anfängen des europäischen Einigungsprozesses geradezu vermischte. In den NEI ist das fruchtbare Zusammenwirken von Adenauer, Schuman und Alcide de Gasperi, den „Wegbereitern Europas“, begründet worden. Es beruhte auf einem gegenseitigen Verstehen und einem gemeinsamen Politikverständnis, nach dem sich Europa nicht nur zu einem Sicherheitsbündnis, sondern auch als eine Wertegemeinschaft zusammenschließen sollte. Ihre Vision eines freien und geeinten Europa war „zukunfts-fähig“, weil der Einigungsprozeß als „organischer Vorgang“ verstanden und behandelt wurde, „der eine in Kultur, Wirtschaft und politischem Bewußtsein lange angelegte, eine bereits vorhandene strukturelle Einheit in eine definitive politische Form“ übersetzen sollte.

Es ist sicher, daß originäre Europavorstellungen aus der frühen Programmatik von CDU und CSU in die Überlegungen und Beschlüsse der ersten NEI-Kongresse eingeflossen sind, wie auch umgekehrt die Unionspolitik grundlegende Anregungen durch das europäische Denken der Christlichen Demokraten aus den westlichen Ländern erhalten hat. Der Luxemburger NEI-Kongreß im Februar 1948, der

sich schwerpunktmäßig mit der „deutschen Frage“ beschäftigte, machte es den deutschen Christlichen Demokraten zur Aufgabe, zur „Mission“, den Rassismus und Militarismus für immer aus Deutschland zu verbannen, damit Deutschland in einem neuen Europa sein moralisches und politisches Gleichgewicht wiederfinden könne. Die Teilnahme an der europäischen Gemeinschaft wurde von einer geistigen Erneuerung Deutschlands abhängig gemacht. Auf dem Herbstkongreß 1948 in Den Haag, wo die neue Organisation Europas auf der Tagesordnung stand, definierten die NEI ihre Rolle als Motor bei der Verwirklichung der ökonomischen und politischen Einheit des freien und demokratischen Europa. Als politisches Integrationsziel wurde eine europäische Bundesverfassung mit einem aus zwei Kammern zusammengesetzten Repräsentativorgan gefordert; die kulturelle Einheit sollte auf der Basis des Christentums ausgeformt werden, und zur Vorbereitung des ökonomischen Zusammenwachsens vereinbarte man Grundbedingungen für die gemeinsame Agrarwirtschaft, die Industrie, den Verkehr und die Finanzen. Das gemeinschaftliche Sozialsystem sollte gemäß der christlichen Soziallehre am Primat des Menschen und seiner personalen Würde orientiert und damit sowohl vom Staatskommunismus wie auch vom kapitalistischen Liberalismus wesentlich unterschieden sein. In den verabschiedeten Resolutionen zur Politik, Kultur und Wirtschaft Europas findet sich der Grundkonsens formuliert, der den christlich-demokratischen Politikern ein festes Fundament für den Bau des europäischen Hauses gab und ihnen im Wiederaufbaujahrzehnt nach dem Kriege einen dominierenden Einfluß auf die politische Gestaltung sicherte.

Während der Besatzungszeit in Deutschland hat die Europaorientierung von CDU und CSU vor allem in der Programmatik, im Rahmen der Europa-Bewegung und in der europaweiten Kooperation der Christlichen Demokratie Niederschlag gefunden. Erst mit der Gründung der Bundes-

republik konnte der Europagedanke „politisch“ werden. Erste Ansätze einer Europapolitik sind schon im Parlamentarischen Rat bei der Arbeit am Grundgesetz feststellbar. Die Willenserklärung der Verfassungspräambel, „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden in der Welt zu dienen“, hat die CDU/CSU voll mitgetragen. Der Königswinterer Beschluß der Unionsparteien vom April 1949 zur Bildung des westdeutschen Kernstaates setzte darauf, daß die Entscheidung für die Gründung der Bundesrepublik auch zur „gleichberechtigten Einordnung Deutschlands in die Gemeinschaft der europäischen Völker führen würde“. Die Formulierung dieses Gedankens war allerdings umstritten, da die dem sowjetischen Interessendruck ausgesetzten Vertreter Berlins und der Ostzone jedes Anzeichen einer Blockbildung vermieden wissen wollten.

Die Haltung der großen Mehrheit, „nach ihrer weltanschaulichen Grundlage nunmehr eine offene Option für den Anschluß an die westeuropäischen Mächte“ auszusprechen, stand schon seit Mitte 1947 fest. In der zweiten Plenarsitzung des Parlamentarischen Rates am 8. September 1948 umriß Süsterhenn als Sprecher den politischen Standort der CDU/CSU mit den Worten: „Nur die sofortige und effektive Konsolidierung Westeuropas und die Schaffung einer ordnungs- und einer wirtschaftlichen Wohlstandsphase in Westdeutschland wird in der Lage sein, auf die auch dem abendländischen Kulturbereich angehörenden Völker Ost-, Mittel- und Südeuropas soviel Anziehungskraft auszuüben, daß ihre demnächstige Wiedereingliederung in die europäische Konföderation ermöglicht wird.“ Das Protokoll verzeichnete hier: „Sehr gut! bei der CDU“. Solche Erwägungen gehörten, jenseits ihrer aktuell-strategischen Bedeutung, zum europapolitischen Gemeingut der Christlichen Demokraten. Sie sind über die Epoche des Kalten Krieges und der Teilung Europas hinaus lebendig geblieben. Heute steht die Verpflichtung der NEI von 1948, niemals aus dem Blick zu verlieren, daß Europa nur unter Mitwir-

kung aller europäischen Nationen verwirklicht werden kann vor der politischen Einlösung.

Bei der europapolitischen „Vorgeschichte“ von CDU und CSU war es nur selbstverständlich, daß 1949 im Wahlkampf der Unionsparteien für die erste Bundestagswahl das Thema der „europäischen Föderation“ eine wichtige Rolle spielte. Das für die Wahl vom Zonensekretariat der CDU in Köln herausgegebene „Politische ABC“ ließ keinen Zweifel daran, daß sich die CDU „aufgrund der europäischen Schicksalsgemeinschaft für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa“ einsetze. Der werbende Hinweis, daß die CDU „maßgebend an allen Bestrebungen in Deutschland und auch an den Gründungsversammlungen der Europa-Union im Ausland“ teilgenommen habe, wurde noch mit der Behauptung bekräftigt, daß die christlichen Parteien sehr viel stärker als die sozialistischen Träger der europäischen Bewegung seien.

Ihren Wahlsieg am 14. August 1949 durfte die CDU/CSU nicht nur als Mandat für eine Politik der europäischen Einigung, sondern auch als Bestätigung ihres christlich geprägten europapolitischen Leitbildes verstehen. Auf der Sitzung der Landesvorsitzenden, Ministerpräsidenten und Minister sowie Landtagspräsidenten der Union nach der Wahlentscheidung erklärte der frisch gewählte Bundeskanzler Adenauer, daß die CDU/CSU als stärkste politische Kraft nun eine europäische Aufgabe zu erfüllen habe: „Diese Bundesregierung wird maßgeblich beteiligt werden müssen an dem Aufbau des neuen Europa. Es ist auch für Europa von größter Bedeutung, ob diese Bundesregierung ausgesprochen eine christliche Grundlage hat oder nicht.“ Auch im historischen Rückblick wird man konstatieren können, daß ohne die christliche Prägung ihres politischen Beginns Verlauf, Form und Substanz der europäischen Integration anders ausgesehen hätten.

Von Anfang an hatte die europäische Integration eine visionär-ideelle und eine pragmatisch-politische Seite, die

wechselseitig aufeinander einwirkten. Die entscheidende äußere Bedingung für die europäische Einigungspolitik entstand mit dem Ost-West-Gegensatz der Nachkriegszeit. Insbesondere der Kalte Krieg zwischen den Weltmächten USA und UdSSR mit ihren jeweiligen Bündnissystemen ließ eine Einigung des freien demokratischen Europa notwendig erscheinen. Mehrere Motivationen und Zielsetzungen trafen jedoch zusammen. Für die westeuropäischen Staaten, vor allem Frankreich und die Benelux-Länder, bot die europäische Einbindung der Bundesrepublik eine Sicherheitsgarantie gegenüber den Deutschen. Im Rahmen der europäischen Einigung schien ein deutsches Wiedererstarken hinnehmbar, ja im Hinblick auf Europas Rolle in der Welt sogar wünschenswert. Nur zusammen mit der Bundesrepublik Deutschland war es möglich, daß ein vereinigtes Europa ein wirtschaftliches, politisches und militärisches Eigengewicht gewinnen würde, das nicht nur eine Schutzfunktion gegenüber der sowjetischen Bedrohung erfüllte, sondern auch eine einseitige Abhängigkeit von den USA innerhalb der atlantischen Allianz vermied.

Auch für Adenauer war das Doppelmotiv Verteidigung gegen den sowjetischen Imperialismus und Sicherstellung der Partner im Westen vor einem deutschen Übergewicht von zentraler Bedeutung für seine europäische Einigungspolitik. Mit dieser politischen Orientierung, neben der kulturellen und wirtschaftlichen Begründung der europäischen Integration, sind in der Ära Adenauer nicht nur die Fundamente des europäischen Einigungswerkes gelegt, sondern auch der Bestimmungsrahmen und die außenpolitischen Parameter deutscher Europapolitik entwickelt worden.

Das gilt als erstes für den engen *Zusammenhang von Europa- und Deutschlandpolitik*. Für Adenauer war Europa eine Existenzfrage. Das bedeutete indes nicht, daß die europäische Einigung als „Ersatz für die Wiedervereinigung Deutschlands“ dienen sollte. Vielmehr sollte ihre Verwirk-

lichung gerade auch ein Mittel zur Erreichung der deutschen Einheit sein. So erklärte er 1953 im Deutschen Bundestag: „Wiedervereinigung und europäisches Zusammenleben sind notwendige Teile ein und derselben Politik.“ Ebenso hatte er in seinem berühmten Interview mit Ernst Friedländer von 1949 die deutsche Einheit in Freiheit als „Teil der europäischen Einheit in Freiheit“ erklärt, sie sei kein isoliertes Problem. Die Sentenz von den zwei Seiten derselben Medaille wurde zur Grundformel deutscher Staatsräson bis in die 90er Jahre, in denen Helmut Kohl die Verwirklichung des „obersten Ziels der deutschen Politik“ gelang.

Eine Schlüsselrolle für die europäische Einigung maß Adenauer der Aussöhnung mit Frankreich zu. Die Verständigung und Zusammenarbeit mit dem größten Nachbarstaat sollten dem europäischen Einigungsprozeß die nötigen Kraftimpulse geben. Mehr noch: Die *deutsch-französische Freundschaft* wurde auf der Basis politischer, wirtschaftlicher und kultureller Interessenübereinstimmung geradezu zum „Grundpfeiler der deutschen Politik“ gemacht. Nach Abschluß des deutsch-französischen Vertrages von 1963 gab Adenauer den künftigen Bundesregierungen als Grundregel europäischer Integrationspolitik mit auf den Weg, ohne die Freundschaft mit Frankreich könne keine Einigung in Europa geschaffen werden (1964). Ausdrücklich ging es dabei nicht um eine „zeit- und zweckgebundene Allianz alten Stils zwischen Deutschland und Frankreich, sondern um gemeinsames freundschaftliches Bemühen um das gleiche Ziel: die Einigung unseres Kontinents und das Erschließen einer besseren Zukunft“ (so 1959 Bundesfinanzminister Franz Etzel, CDU). Bis heute bilden Deutschland und Frankreich das unentbehrliche Bindeglied, die „Lokomotive“ der europäischen Integration. „Es darf als ein besonderes Verdienst der CDU angesehen werden“, so schreibt der Historiker Gregor Schöllgen, die Überwindung des deutsch-französischen Gegensatzes „zur herausragenden außenpolitischen

Aufgabe erhoben und als Ziel nie aus dem Auge verloren zu haben.“

Die christlich-demokratische Europapolitik erhielt – ebenfalls schon durch Adenauers Richtungsweisung – auch eine wesentliche *Bedeutung für das atlantische Verteidigungsbündnis (gegr. 1949) und das Verhältnis zur westlichen Schutzmacht USA*. Nicht nur durch die NATO, sondern auch durch das europäische Einigungswerk sollten die Vereinigten Staaten an Europa gebunden werden. Die Bindung der USA an das vereinigte Westeuropa faßte Adenauer, wie Winfried Baumgart unterstreicht, „als eine der beiden tragenden Säulen seines Europakonzeptes auf.“ Es galt, dadurch das amerikanische Interesse am Schicksal Europas wach zu halten und zu verstärken, um zu verhindern, daß die Sowjetunion ihren Machtbereich noch weiter auch auf westeuropäische Länder ausdehnen werde. Die weltpolitische Führung wurde den Vereinigten Staaten zuerkannt, denen ein geeintes Europa ein wertvoller Partner sein wollte. Durch die Einigungspolitik sollte Europa zugleich in die Lage versetzt werden, innerhalb dieser Partnerschaft seine eigenen Interessen zur Geltung zu bringen und im Rahmen des Atlantischen Bündnisses ein gleichgewichtiger Pfeiler sein (1962). Die Europapolitik der CDU/CSU verstand sich als Ausdruck des Willens zur Einordnung Deutschlands in den freien und demokratischen Westen auf der Basis der Gleichberechtigung. Sie richtete sich damit gegen neutralistische Mittelmachtlösungen zwischen West und Ost. „Wir von der CDU/CSU“, bekannte Manfred Wörner, der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages und spätere Bundesverteidigungsminister, dann auch NATO-Generalsekretär, „lehnen jede Politik der Äquidistanz zu Ost und West ab. Gute und enge Beziehungen zu den Vereinigten Staaten sind für uns ein Eckpfeiler der Außenpolitik des freien Europa“ (1981).

Zu den grundlegenden europapolitischen Weichenstel-

lungen der Ära Adenauer gehörte auch die *offene Entwicklung der europäischen Gemeinschaft*. „Der Anfang muß getan werden, die Entwicklung kommt von selbst“ oder auch „Anfangen soll man, damit der Gedanke nicht stirbt“, lautete das Erfolgsrezept des Gründungskanzlers (1962). Es lief darauf hinaus, zunächst auch Teillösungen in Kauf zu nehmen, die zweit- oder drittbeste Lösung zu nehmen sowohl in der Sache als bei der Zahl der europäischen Länder. Das Scheitern des Projekts der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) in der französischen Nationalversammlung hatte für Adenauers Europapolitik einen schweren Rückschlag bedeutet. Danach setzte er auf einen „flexiblen Pragmatismus“ (Werner Weidenfeld): Der wirtschaftliche Zusammenschluß im Gemeinsamen Markt sollte „politische Folgen nach sich ziehen“, zunächst in Gestalt eines direkt gewählten europäischen Parlaments (1958). Eine Kernbildung mit den „Sechs“ der Römischen Verträge (1957) verstand er als Wegweisung. „Wenn nicht alle mittun, dann sollen die handeln, die dazu bereit sind.“ Die Länder Osteuropas waren davon nicht ausgenommen. Auch ihnen müsse die Möglichkeit des Beitritts gegeben werden, wenn dort die sowjetische Vorherrschaft erloschen und die Teilung Europas beseitigt sei, forderte Adenauer in seiner letzten außenpolitischen Rede in Madrid 1967. Mit seiner Europapolitik, die zwar in ihren mittelfristigen Zielen scheiterte, hatte er gleichwohl den Weg zu einer schrittweisen Entwicklung eröffnet, die später mit den Begriffen „Vertiefung“ und „Erweiterung“ zu Erfolgen führte. Der europapolitische Kurs, der unter christlich-demokratischer Führung eingeschlagen worden war, erwies sich als unumkehrbar. Das Fernziel blieb die Politische Union Europas, in welcher föderativer Form sie sich auch immer schließlich realisieren würde.

Alle folgenden deutschen Regierungen gleich welcher Zusammensetzung arbeiteten auf dem von Adenauer vorgezeichneten Weg weiter. Die Grundrichtung wurde nicht

verändert, geschweige denn verlassen, mochten auch politische Umstände die Kursbestimmung erschweren und pragmatische Anpassungen an die gewandelte internationale Lage erforderlich sein oder schlichtweg die Risikobereitschaft, der „Mut“ zur Nutzung des politischen Handlungsspielraums fehlen. Die Probleme der christlich-demokratischen Europapolitik ergaben sich vor allem in den Auseinandersetzungen mit anderen außenpolitischen Schwerpunktsetzungen und Optionen, durch den Primat des nationalen Interesses, durch das Konzept der Atlantischen Partnerschaft, den Entspannungsprozeß sowie die Ost- und Deutschlandpolitik.

Die Politik des französischen Staatspräsidenten de Gaulle, der die Konzeption eines „Europas der Vaterländer“ verfolgte und für Frankreich einen Führungsanspruch im westlichen Europa erhob, setzte die christlich-demokratischen Europaintentionen in der Bundesrepublik einer schweren Bewährungsprobe aus. Im Ringen mit de Gaulle kam es in den Unionsparteien zu erheblichen außenpolitischen Differenzen zwischen „Gaullisten“ und „Atlantiker“: Die einen traten für ein „europäisches Europa“ ein, das verteidigungsmäßig wie außenpolitisch auf sich selbst stehen und sich vom amerikanischen Einfluß als „dritte Kraft“ in der Welt emanzipieren sollte, die anderen waren für eine enge und freundschaftliche Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten innerhalb eines umfassenden atlantischen Interdependenzsystems, in dem ein gleichberechtigtes Europa die „zweite Säule“ hätte sein sollen. Auf der Seite der „Gaullisten“ waren vor allem prominente Politiker aus der CSU (Franz Josef Strauß und Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg) und aus der Jungen Union anzutreffen, die Seite der „Atlantiker“, der auch Ludwig Erhard, Bundeskanzler von 1963 bis 1966, zuneigte, hatte in Bundesaußenminister Gerhard Schröder und in dem Bundestagsabgeordneten Kurt Birrenbach ihre Hauptvertreter.

Letztlich ging jedoch dieser ganze Streit auf eine Grundspannung im christlich-demokratischen Europaverständnis selbst zurück, die sich immer wieder aufbauen kann, wenn die Europapolitik es mit kollidierenden nationalen Interessen zu tun bekommt, wie sie damals von Seiten Frankreichs und der Vereinigten Staaten gegenüber Europa und besonders der Bundesrepublik durchgesetzt werden sollten. Die christlich inspirierten, „abendländischen“, kulturellen Traditionen verpflichtete und die westlich geprägte, liberal-demokratische, auf universale Werte gegründete Europavorstellung haben sich in der „Idee Europa“ zwar längst miteinander vermischt, können aber in bestimmten politischen Entscheidungssituationen auch wieder deutlicher werden und divergieren. Das jüngste Beispiel dafür ist für die Unionsparteien die Frage des EU-Beitritts der Türkei.

So wurde der „Atlantiker“/„Gaullisten“-Konflikt auch nie grundsätzlich gelöst, sondern in einer pragmatischen „Politik des ‚sowohl – als auch‘ aufgehoben“ (Torsten Oppelland). Dazu gehörte etwa Erhards Europainitiative vom November 1964, die „ein die deutsch-französischen Beziehungen nutzendes, in die Atlantische Gemeinschaft eingebettetes, föderatives, politisch und wirtschaftlich geeintes, demokratisches Europa“ (Ulrich Lappenküper) vorsah. Ein vereintes Europa sollte zu einem „Hort der Sammlung“ (Ludwig Erhard) einer großen atlantischen Gemeinschaft werden. Aber auch der zweite Bundeskanzler scheiterte mit seiner Europapolitik. Ihre Grundgedanken, wie sie Erhards Außenminister Schröder 1965 in sieben Leitpunkten zusammenfaßte, blieben freilich für die langfristige europapolitische Orientierung von CDU und CSU verbindlich:

- „1. Wir halten an dem Ziel fest, dem neuen Europa eine demokratische und föderative Verfassung zu geben ...
2. Die Eigenart und Vielfalt der europäischen Nationen muß erhalten bleiben ... Die Verbundenheit mit dem eigenen Vaterland schließt nicht aus, daß wir uns gleichzeitig zu einer europäischen Zusammengehörigkeit bekennen.

3. Kein Mitgliedstaat darf eine beherrschende Stellung einnehmen. Das neue Europa kann nur aus freien und gleichberechtigten Gliedern bestehen.
4. Europa muß zu einer gemeinsamen Außen-, Verteidigungs- und Kulturpolitik gelangen. [Es muß] gewährleistet sein, daß Europa mit einer Stimme sprechen kann. Darum glauben wir, daß auch im politischen Bereich eine Übertragung von Souveränitätsrechten notwendig ist.
5. Das Werk der heute schon bestehenden Gemeinschaften sollte ungestört vollendet werden ... Die Verschmelzung der Gemeinschaften ... sollte beschleunigt werden.
6. Das neue Europa muß anderen europäischen Staaten offen stehen, die bereit sind, die gleichen Pflichten zu übernehmen. Das gilt in erster Linie für Großbritannien und die anderen Mitglieder der EFTA (Europäische Freihandelsgemeinschaft); aber das gilt in einer fernerer Zukunft auch für die osteuropäischen Länder, soweit sie sich unserer Kultur und unseren Lebensformen verbunden fühlen.
7. Das neue Europa soll das Atlantische Bündnis nicht ersetzen, sondern stärken. Es muß in enger und freundschaftlicher Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten verbunden sein.“

Die Europapolitik von Erhards Nachfolger Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger, der bis 1969 mit einer großen Koalition aus CDU/CSU und SPD regierte, war im wesentlichen darauf gerichtet, mit Besonnenheit und Geduld das deutsche Freundschaftsverhältnis zu Frankreich intakt zu halten und in der *Rolle des „ehrlichen Maklers“* zwischen den Interessen Frankreichs und Großbritannien zu vermitteln, um zu verhindern, daß die bereits erreichte europäische Gemeinsamkeit zerstört werden könnte. Der Erfolg dieser Politik wurde auf der europäischen Gipfelkonferenz in Den Haag am 1./2. Dezember 1969 deutlich, die einen Stufenplan für die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Zusammenfassung der bestehenden drei Gemeinschaften EWG, EGKS und Euratom zur supra-

nationalen neuen „EG“ beschloß. Mit der Überwindung des von de Gaulle kompromißlos vertretenen französischen Vorherrschaftsanspruchs und mit der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien wurde der Durchbruch zu einer positiven Weiterentwicklung Europas geschaffen.

Eine neue Herausforderung für die christlich-demokratische Europapolitik ergab sich mit der „*neuen Ostpolitik*“ der sozial-liberalen Regierung, die 1969 unter der Kanzlerschaft von Willy Brandt einen Kurswechsel der bundesrepublikanischen Außenpolitik vornahm. CDU und CSU hielten es in der Opposition für ihre vordringlichste Aufgabe, die Kontinuität der europäischen Integrationsbewegung mit dem Ziel der Politischen Union zu garantieren. Die große Sorge der Unionsparteien war, daß die SPD/FDP-Regierung ihre Ostpolitik auf Kosten der Westpolitik betreiben könne und damit der europäische Status quo zementiert würde. Als Alternative zur neuen Ostpolitik der Regierung Brandt betonte die CDU/CSU den „Vorrang der Politik der Vereinigung des freien Europa“ (Rainer Barzel). In der Opposition gewannen CDU und CSU an konzeptionellem Spielraum, da sie nun nicht mehr zuerst das Regierungshandeln parlamentarisch zu unterstützen brauchten. Die Besinnung auf die ideellen Grundlagen der Europapolitik kam damit wieder stärker zu ihrem Recht und führte zur Vertiefung und Neufassung der europaprogrammatischen Aussagen. Dem von der sozial-liberalen Regierung angestrebten gesamteuropäischen Entspannungs- und Normalisierungsmodell stellte sie die Gemeinschaft der westeuropäischen Staaten als konkret verwirklichte Friedensordnung gegenüber. Ein „Aktionsprogramm“ der Union zur politischen Einigung Westeuropas vom 18. Januar 1972 präsentierte ein Gesamtkonzept für die Schaffung der notwendigen institutionellen Voraussetzungen einer Politischen Union bis hin zur Endstufe mit einem direkt gewählten Europäischen Parlament, einem zur Entschei-

dung befähigten Gemeinschaftsorgan, einer Staatenkammer und einer föderativ organisierten Notenbank. Für die gemeinschaftliche Außenpolitik sollten die Zusammenarbeit mit den USA besonders institutionalisiert werden und die Beziehungen zu den Staaten Osteuropas durch eine Kontaktstelle eine Koordinierung erfahren.

Die Vorschläge der CDU/CSU bekamen in dem Maße politisches Gewicht, in dem der europäische Integrationsprozeß zu Ende der Regierung Brandt ins Stocken geriet. Der Beitritt Großbritanniens, Dänemarks und Irlands zum Jahresbeginn 1973 und die Erklärung über die europäische Identität auf dem Treffen der neun Staats- und Regierungschefs in Kopenhagen am Jahresende konnten nur mühsam die Krisensituation der Europäischen Gemeinschaft verdecken. Die – durch das Ölembargo der OPEC-Länder ausgelöste – Energiekrise, die Probleme des Gemeinsamen Agrarmarktes und die Zerreißproben der Währungsanpassung gaben den nationalen Interessen wieder Auftrieb und drohten damit das Erreichte zu gefährden. Es kam hinzu, daß nach dem Rücktritt Willy Brandts mit Helmut Schmidt ein Politiker das Bundeskanzleramt übernahm, dessen europäisches Engagement vor allem der wirtschaftlichen Zusammenarbeit galt. Die CDU/CSU nahm die Rückschläge der europäischen Einigungspolitik zum Anlaß, die Priorität der Westpolitik gegenüber der Ostpolitik noch deutlicher zu betonen. Das beste Rezept gegen die europäischen Ermüdungserscheinungen sah sie in einem direkt gewählten, mit vollen Rechten ausgestatteten Europaparlament.

Zum Hauptanliegen christlich-demokratischer Politik in den 70er Jahren wurde die *Direktwahl des Europäischen Parlaments*. Seit 1952 in der „Gemeinsamen Versammlung“ der Montanunion waren CDU und CSU für eine Verbesserung der Mitwirkungsmöglichkeiten des Europaparlaments im Sinne eines demokratischen Verfassungsverständnisses eingetreten. Das Europäische Parlament sollte durch Erweite-

zung seiner Kompetenz, insbesondere beim Gesetzgebungsverfahren, eine Stärkung erfahren und dadurch als institutionelles Gegengewicht gegen die intergouvernementale Konsultationspraxis und die Gipfeldiplomatie in der Europapolitik wirken. Die Beteiligung der Bürger an der Einigung des freien Europa in demokratischen Europawahlen und die Ausstattung des Europäischen Parlaments mit allen parlamentarischen Rechten konnten zur Eindämmung von Re-nationalisierungstendenzen dienen und faktisch den Anfang einer europäischen Innenpolitik setzen. Einem direkt gewählten, mit vollen Rechten versehenen Europäischen Parlament maßen die Christdemokraten eine Schlüsselfunktion für die Entwicklung europäischer Identität zu. Der Europatag der CDU am 25. Mai 1976 in Hannover war ein demonstratives Bekenntnis zur Europaidee. Ein „Europäisches Manifest“ faßte die Zielvorstellungen christlich-demokratischer Europapolitik zusammen: Verwirklichung einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik, Ausbau der Europäischen Gemeinschaft und Schaffung eines europäischen Bundesstaates als politische Union mit einer freiheitlichen, auf den Prinzipien des Pluralismus, der Solidarität und der Subsidiarität beruhenden demokratischen Ordnung.

Die deutschen Unionsparteien wurden in ihren Bestrebungen von den christlich-demokratischen Formationen anderer EG-Länder unterstützt. Im Hinblick auf die erste Direktwahl des Europaparlaments konstituierte sich am 8. Juli 1976 in Luxemburg die „Europäische Volkspartei“ (EVP) als Zusammenschluß von zwölf christlich-demokratischen Parteien mit Leo Tindemans als erstem Präsidenten. Unter den sechs Vizepräsidenten befanden sich mit Egon Klepsch und Kai-Uwe von Hassel auch zwei Parlamentarier der CDU. Die EVP entwickelte sich nach Statut und Programm zu einer Partei echt föderativer Struktur. Als einzige Partei auf der Ebene der EG konnte sie in der Europawahl von 1979 auch mit einem Grundsatzprogramm („Politisches Programm“) an die Öffentlichkeit tre-

ten. Sie verstand sich darin als Kraft der politischen Mitte und erklärte sich offen für die Zusammenarbeit mit anderen Parteien, die ihr im politischen Spektrum nahestanden.

Die Europawahl am 10. Juni 1979 brachte der CDU/CSU mit einem Stimmenanteil von 49,2 Prozent ein Ergebnis, das die Europakompetenz der Union vollauf bestätigte. Der Erfolg wurde noch größer durch die 107 Mandate, die die in der EVP vereinigten Christlichen Demokraten nach den Sozialisten zur zweitstärksten Fraktion im Europäischen Parlament machten und sie zusammen mit den Konservativen und den Liberalen die Mehrheit bilden ließ. In Anbetracht der Tatsache, daß die deutschen Parlamentarier in der CD-Fraktion die größte nationale Gruppierung stellten, wurde der CDU-Abgeordnete Egon Klepsch zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Die Union durfte sich zu Beginn der 80er Jahre zu Recht als traditionelle Partei der europäischen Einigung in Deutschland und als eine der zuverlässigsten Säulen der Christlichen Demokratie in Europa fühlen.

Die westeuropäische Gemeinschaftsbildung hatte als Zusammenschluß zu einer „festen Friedens- und Abwehrgemeinschaft“ (Konrad Adenauer) gegenüber der Bedrohung durch den sowjetischen Imperialismus zunächst einen defensiven Charakter. Mit dem wirtschaftlichen Erfolg entfaltete sie jedoch auch eine offensive Werbewirkung. Im Westen hoffte man darauf, die osteuropäischen Staaten mit der Zeit aus dem sowjetischen Machtbereich herauslösen zu können. Die östliche Seite wiederum versuchte, mit der Konzeption einer gesamteuropäischen Sicherheits- und Friedensordnung die westeuropäische Integrationsgemeinschaft aufzuweichen. Die Initiativen zu einer „europäischen Sicherheitskonferenz“, die seit 1954 von Regierungen des Ostblocks auf den Verhandlungstisch kamen, lagen auf der Linie dieser Politik. So wurden auch die Vorschläge für eine „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE) von 1969 von CDU und

CSU zunächst mit Mißtrauen aufgenommen. Die Haltung der CDU/CSU zu dem Konferenzprojekt ist als „elastische Skepsis“ (Helga Haftendorn) bezeichnet worden.

Die Positionen in den Reihen der Christdemokraten reichten von einer vorsichtigen Bereitschaft zur Mitwirkung bis zur bedingten Ablehnung. Auf keinen Fall jedoch wollte man in die Rolle des Neinsagers und Entspannungsgegners gedrängt werden. Die Mehrheit verknüpfte deshalb ihre prinzipielle Aufgeschlossenheit mit der Forderung nach „Freiheit für Menschen, für Ideen und für Informationen“. Insbesondere wegen des deutschlandpolitischen Bezugs machten die Unionsparteien die Gewährleistung der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts der Völker zum zentralen Kriterium ihrer KSZE-Überlegungen. Ihr außenpolitisches Fernziel, in Europa zu einer Friedensordnung zu kommen, in der das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine nationale Einheit wiedererlangen werde, wurde für die Behandlung der KSZE-Frage maßgebend. Zugleich hatten sie die Sorge, daß die KSZE die Integration des freien Europa lockern und den weiteren Einigungsprozeß in Richtung einer Politischen Union hemmen könnte. Daher drängte die CDU/CSU besonders auf eine einheitliche westliche Konferenzstrategie im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ).

Das Konferenzergebnis von Helsinki (1975) bewertete die Union als eine Entspannung in Formeln, nicht aber in der Substanz. Sie lehnte im Deutschen Bundestag die KSZE-Politik ab (25. Juli 1975). Ihr Standpunkt war, daß wirkliche Entspannung in Europa nur durch Beseitigung der Spannungsursachen zu erreichen sei, also durch konkrete Abrüstungsmaßnahmen und Fortschritte bei den „menschlichen Erleichterungen“ und der Freizügigkeit über die Systemgrenzen hinweg. Ungeachtet ihres parlamentarischen Neins trat die CDU/CSU aber dafür ein, die KSZE-Absprachen offensiv in die Außenpolitik des Westens einzubringen und die deklamatorischen Positionen der KSZE mit inhaltlich

differenzierten Vorschlägen aufzufüllen. In der Folge unterstützte sie eine Politik, welche die KSZE-Vereinbarungen als Mittel zu nutzen suchte, um die kommunistischen Regierungen vor dem Forum der Weltöffentlichkeit dem Druck der Menschenrechtsforderungen auszusetzen. Die Union konnte so durch Herausarbeitung des problematischen Kerns der Entspannungspolitik zu einer illusionslosen, realistischen Konferenzstrategie des Westens wesentlich beitragen.

Die Politik der CDU/CSU in der Opposition war vor allem auf den entspannungs- und sicherheitspolitischen Zusammenhalt der Europäischen Gemeinschaft gerichtet. Es ging ihr, auch in der Diskussion um die KSZE, in erster Linie um eine Belebung des europäischen Einigungswerkes. Dazu nutzte sie auch intensiv die Zusammenarbeit und Koordinierung der christlich-demokratischen Kräfte der EG-Mitgliedstaaten. In diesem internationalen Rahmen legte sie besonderen Wert auf die Bewußtmachung und Aktivierung der kulturellen Gemeinsamkeit Europas. Immer wieder wurde das Europa, das von de Gasperi, Schuman und Adenauer, „auf den Prinzipien einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung“ (Helmut Kohl) begründet worden war, als das Europa der Christlichen Demokraten beschworen. Für die CDU/CSU war es klar, daß sich die Krise der europäischen Einigung zu Beginn der 80er Jahre nur überwinden lasse, wenn man sich wieder auf die Römischen Verträge zubewegen und sich von ihrem Geist leiten lassen würde.

Zu Beginn der 80er Jahre erwachsen der EG mit dem Wettrüsten der Supermächte, den Problemen der Rohstoff- und Energieversorgung sowie der zunehmenden Massenarbeitslosigkeit ungeheure politische Herausforderungen. Die Bereitschaft der nationalen Regierungen zu gemeinsamem Handeln nahm ab. Die Gemeinschaft schien in den zähen Verhandlungen um Einzelaktionen und nationalstaatliche Interessengegensätze nur noch auf der Stelle

zu treten. Die konkreten europapolitischen Erfolge der 70er Jahre, die Koordinierung der europäischen Außenpolitik in der EPZ 1970, die Gründung des „Europäischen Rates“ als oberstes Lenkungsorgan 1974 und das Inkrafttreten des Europäischen Währungssystems (EWS) 1979 hat auch die CDU/CSU begrüßt. Allerdings vermißte sie bei diesen Fortentwicklungen, die primär auf Stärkung des intergouvernementalen Instrumentariums der europäischen Zusammenarbeit hinausliefen, die integrative Kraft. Die europapolitische Alternative der CDU/CSU stellte die Definition eines europäischen Gesamtinteresses und das Europäische Parlament als Motor der Integration in den Mittelpunkt.

Das christlich-demokratische *Reformkonzept gegen die Europamüdigkeit* konzentrierte sich auf drei Bereiche: auf eine verbesserte Koordination der nationalen Wirtschaftspolitiken, um wieder zu einem ausreichenden wirtschaftlichen Wachstum zu gelangen und ein wirklich marktwirtschaftliches Funktionieren des europäischen Binnenmarkts zu ermöglichen; auf eine bessere Aufgabenverteilung zwischen den Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft sowie eine bessere Abstimmung von Gemeinschaftsaufgaben und Gemeinschaftshaushalt, und dann auf eine Weiterentwicklung der Gemeinschaftsorgane, Rat, Kommission und Parlament. Im einzelnen forderten die Unionsparteien eine Entscheidungskompetenz des Europäischen Rates, den Ausbau der politischen Zusammenarbeit durch eine ständige Koordinationsstelle und einen Sicherheitsrat, die Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip im Ministerrat, die Erweiterung der Kompetenzen des EP, die Ausgestaltung eines „Europäischen Rechtsraums“, eine gemeinschaftliche Sozial-, Umwelt- und Energiepolitik, die langfristig angelegte Neuordnung der Gemeinschaftsfinanzierung, die Vollendung des Europäischen Binnenmarkts, die Weiterentwicklung des europäischen Währungssystems zu einer Stabilitätsgemeinschaft sowie eine Ausrichtung der Europapolitik auf

die Bedürfnisse des einzelnen Bürgers. Für Europa ist damit die CDU/CSU, auch in der oppositionellen Rolle, Bewegter der Politik geblieben, indem sie sich von der Europaidee leiten ließ und auf das feste Fundament ihrer Europatradition stützte.

Die *Überwindung der „Eurosklerose“*, die Schaffung von „Euroland“ durch die europäische Wirtschafts- und Währungsunion sowie der *Durchbruch zur Politischen Union Europas* sind unauslöschlich mit dem Namen und der Regierung Helmut Kohls verbunden. Die Jahre zwischen den Europagipfeln von Stuttgart (1983) und Amsterdam (1997) übertreffen in ihrer geschichtlichen Bedeutung selbst die kreative Gründungsepoche der europäischen Einigung nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Integrationserfolge, die aus der engen, vertrauensvollen Kooperation des deutschen Bundeskanzlers mit dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand erwachsen, lassen sich nur noch mit dem Gründungswerk der „großen Europäer“ Schuman, Adenauer, de Gasperi und Spaak vergleichen. Nicht ohne Grund hat Mitterrand 1987 seinen deutschen Partner als den „bestmöglichen Kanzler“ bezeichnet, um Europa zu bauen („pour construire l'Europe“). Als zweiter Staatsmann nach dem Franzosen Jean Monnet (1976) ist Helmut Kohl von den europäischen Staats- und Regierungschefs wegen seiner Verdienste um die Einigung Europas mit dem Titel „Ehrenbürger Europas“ ausgezeichnet worden (1998).

Ohne Zweifel ist die Europapolitik der Ära Kohl sowohl durch die Veränderungen der internationalen Lage als auch durch den Druck der Wirtschafts- und Finanzkrise in den EG-Ländern, der innergemeinschaftliche Reformen notwendig machte, befördert worden. Als ebenso entscheidend erwiesen sich jedoch das persönliche „Europäertum“ des Bundeskanzlers und das Selbstverständnis der CDU als „Europapartei“. „Europa“, so hatte der CDU-Vorsitzende Kohl auf dem „Europaparteitag“ in Kiel 1979 bekannt,



**Im deutschen Interesse:
Ja zu Europa.**

Christdemokraten bauen Europa



Europawahl 1989

„das ist für uns, die Christlichen Demokraten, der Inbegriff einer freiheitlich-demokratischen, einer freiheitlich-sozialen, einer wirklich menschlichen Lebensform“. Dieser Geist leitete das Regierungshandeln, nachdem 1982 die Koalition aus CDU/CSU und FDP zustande gekommen und Kohl zum Bundeskanzler gewählt worden war. Für den neuen Kanzler war die europäische Integration – in der europapolitischen Kontinuität der CDU seit Konrad Adenauer – mehr als ein Mittel zur außenpolitischen Absicherung und zur Stabilisierung wirtschaftlichen Wachstums. Im Verfolg der Grundlinien christlich-demokratischer Europapolitik ging es ihm um qualitative Fortschritte der Gemeinschaftsbildung, wie sie der Aufruf der CDU zur zweiten Europawahl 1984 konkretisierte; es ging um die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion, Abschaffung der Grenzkontrollen innerhalb der EG, Schaffung einer einheitlichen Außen- und Sicherheitspolitik der EG, Erarbeitung einer europäischen Verfassung, Anwendung der Mehrheitsbeschlüsse im Ministerrat und um Aufwertung der Kommission zur treibenden Kraft für die Einigung Europas.

Betont wurde auch wieder der enge Zusammenhang von europäischer Integration und deutscher Wiedervereinigung: „Wir brauchen das europäische Dach für die Lösung der nationalen Frage“ (1984). Ein zentraler Ansatzpunkt der Adenauerschen Außenpolitik, die Lösung der deutschen Frage im europäischen Kontext „offen zu halten“, wurde wieder voll aktiviert. Die Politik der Bundesrepublik Deutschland sei „kurzfristig auf die Milderung der Auswirkungen der Teilung des Landes und Europas gerichtet ... langfristig auf die Erzielung eines Zustandes des Friedens in Europa, in dem das deutsche Volk seine Einheit in freier Selbstbestimmung wiedererlangen kann“, erklärte 1985 Alois Mertes, Staatsminister im Auswärtigen Amt.

Das große Ziel, die Europäische Gemeinschaft als dauerhafte Friedensordnung in Freiheit und Wohlstand, als „bür-

gernahes und handlungsfähiges Europa“ zu gestalten, wurde durch alle Verwicklungen, die sich aus den divergierenden nationalen Interessen ergaben, durch alle kritischen Haushaltslagen, strittigen Agrarfragen und Strukturblockaden hindurch konsequent verfolgt. In Stuttgart 1983 wurde unter deutscher Ratspräsidentschaft nach langen kontrovers geführten Verhandlungen die „Feierliche Deklaration zur Europäischen Union“ beschlossen. Das mit den Verträgen von Paris (EGKS) und Rom (EWG) begonnene Werk sollte bis zur Schaffung eines vereinten Europas fortgesetzt werden. Das Tandem Kohl/Mitterrand machte die deutsch-französische Zusammenarbeit zur „Komplizenschaft“ für Europa und bemühte sich erfolgreich um ein Krisenmanagement. In Fontainebleau (1984) kam es zu Vereinbarungen über institutionelle Reformen und die Schaffung eines „Europas der Bürger“. Noch positiver wirkte sich das deutsch-französische Einverständnis auf dem Luxemburger Gipfel (1986) aus, der mit der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) das erste umfassende Reformwerk in der Geschichte der Gemeinschaft fixierte: Erweiterte Mitwirkungsrechte des Europäischen Parlaments und mehr Möglichkeiten für Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat wurden vorgesehen, zudem wurde die „Europäische Union“ ausdrücklich als Ziel der europäischen Einigung bezeichnet. Auf dem Gipfel in Hannover (1988) gelang es – wieder unter deutscher Ratspräsidentschaft –, die Verwirklichung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion einzuleiten. Befriedigt konnte Helmut Kohl feststellen: „Wir sind dabei, den Weg zur Europäischen Union unumkehrbar zu machen.“ Nach dem Willen des Europäischen Rates (Madrid 1989) sollte die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) in drei Stufen (1990/1994/1999) realisiert werden, mit der Euro-Bargeldeinführung 2002 als Endpunkt.

Im Vertrag von Maastricht 1991 (Inkrafttreten am 1. September 1993), der die Etappen hin zur WWU und zur Einführung des Euro festlegte, wurde auf deutsche Initiative hin im

Sinn einer „parallelen Fortentwicklung“ der europäischen Integration „auch der Beginn der Herausbildung einer gemeinsamen Innen- und Justizpolitik festgesetzt. Das Bild von den „drei Säulen“, die künftig die Europäische Union zu tragen hatten, bekam Kontur: Zu den bestehenden Europäischen Gemeinschaften sollten in den Bereichen gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Innen- und Rechtspolitik neue Formen der Zusammenarbeit hinzukommen. Die christlich-demokratische Handschrift wurde noch deutlicher in der vertraglichen Verankerung des Subsidiaritätsprinzips. Danach sollte auf europäischer Ebene nur das geregelt werden, was nicht auf nationaler oder regionaler Ebene viel bürgernäher geregelt werden könnte. Der Vertrag von Amsterdam 1997 schritt, nach dem Beitritt der neutralen Länder Europas, auf dieser Linie weiter durch Einbeziehung der sozialen Dimension und bestimmter militärischer Aufgaben, vornehmlich humanitärer und friedenserhaltender Art. Zugleich stärkte er, was vielleicht noch wichtiger war, die Rolle des EP als mitgesetzgebendes und die Europäische Kommission miteinsetzendes Organ. Damit wurde ein weiterer entscheidender Schritt in Richtung einer Demokratisierung der europapolitischen Willensbildung und Entscheidungsfindung getan.

Mitte der 90er Jahre, im Vorfeld der Regierungskonferenz zur Revision der Bestimmungen über die Politische Union (Maastricht II) 1996, gingen von christlich-demokratischer Seite weiterführende Diskussionsbeiträge zur Entwicklung der europäischen Integration aus. Sie galten angesichts der in die EU drängenden osteuropäischen Staaten vor allem der Vertiefung der Union durch Vorantreibung ihres Ausbaus zu einer föderalen, subsidiären und demokratischen Gemeinschaft um einen festen Kern „alter“ Mitgliedstaaten (Schäuble-Lamers-Papier vom 1. September 1994) oder suchten eine Verstärkung der „Säulen“, Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und Gemeinsame Innen- und Rechtspolitik, durch qualifizierte Mehr-

heitsbeschlüsse und andere Verfahrensverbesserungen und Vereinheitlichungen im Sinne einer „Verfassungsgemeinschaft“ (CDU/CSU-Fraktion vom 13. Juni 1995) zu erreichen.

Die Intensivierung der europapolitischen Debatte ab Mitte der 90er („Neue Europadebatte“) war direkte Folge der ungeahnten Beschleunigung und Ausweitung, die der europäische Einigungsprozeß durch das Ende der Teilung Europas, durch die Auflösung des Ostblocks und insbesondere durch die deutsche Einheit erfahren hatte. Gerade ihrer Westbindung und ihrer europäischen Integrationspolitik verdankte es die Bundesrepublik, daß es in der historischen Entscheidungssituation von 1989/1990 zur Wiedervereinigung Deutschlands und zu seiner NATO-Mitgliedschaft keine echte Alternative mit Realisierungsmöglichkeit gab. Die Wiedervereinigung erschien als die Feuerprobe auf die christlich-demokratische Europapolitik, wie sie von Adenauer begonnen worden war. Die Europäer akzeptierten schließlich die deutsche Einheit, weil dieses Deutschland mit seiner „kritischen Größe“ sich bewußt und definitiv in die europäische Gemeinschaft eingegliedert hatte. Die Kohl-Regierung kam zum Ziel, weil sie die Wiedervereinigung nicht als nationalen Alleingang behandelte, sondern als notwendigen Schritt im europäischen Integrationsprozeß auf dem Weg zu einer West und Ost zusammenfassenden politischen Union. Dabei war die Unterstützung durch die USA wichtig und wertvoll.

Es ist das unbestreitbare Verdienst der von Helmut Kohl geführten Bundesregierung, dem Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes im Gefüge einer europäischen Rechts- und Friedensordnung Rechnung getragen zu haben. So bildete der 3. Oktober 1990 auch kein Hindernis auf dem Weg zur europäischen Einigung, sondern wirkte vielmehr als Impulsgeber. Die deutsche Position bei den Maastricht-Verhandlungen bekräftigte, daß der Zusammenhang von Deutschland- und Europapolitik, von deutschen Interessen

und europäischer Integration für die Bundesregierung nach wie vor als unverrückbare Richtschnur galt. Dadurch, daß Helmut Kohl, in Absprache mit François Mitterrand, die Verwirklichung der Europäischen Währungsunion auf die europäische Tagesordnung setzte, vermochte er auch das Unbehagen zu beseitigen, das die Wirtschaftskraft des größer gewordenen Deutschlands bei den europäischen Nachbarn hervorrief.

Im Zeichen der deutschen Einheit und des wiedervereinigten Europas ging es für die christlich-demokratische Politik auch darum, ihre Vision einer *verfassungsvertraglich gefestigten europäischen Staatenföderation* nicht aus den Augen zu verlieren. Die Notwendigkeit einer konstitutionellen Grundlegung der weiteren Gemeinschaftsentwicklung ist unter Christlichen Demokraten und Konservativen unbestritten. Es ist für sie klar, daß die Handlungsfähigkeit Europas in Gesetzgebung und Exekutive ebenso gesichert sein muß wie die Transparenz der Entscheidungsverfahren und „eine vom Volk ausgehende Legitimation und Einflußnahme“. Doch über den Demokratisierungsgrad der europäischen Institutionen, den Ausbau der gesetzgeberischen Rechte des Europäischen Parlaments, die Art des Föderalismus wie überhaupt über die föderale Konstruktion des europäischen Systems wird auch innerhalb der Christlichen Demokratie noch heftig diskutiert. Ein wesentlicher Teil der Verfassungsdebatte entfällt dabei auf das *Problem der europäischen Identität*, das heißt auf die Frage nach der Gemeinsamkeit der Werte und der Geschichtsbilder. Nachdem mit der Osterweiterung die Mitgliederzahl in der EU auf 25 angewachsen ist, sind die Prozesse der Erweiterung und Vertiefung der europäischen Einigungsbewegung heute an einem kritischen Punkt angelangt. Ein neues Europa ist im Entstehen begriffen, dessen Identität sich immer schwerer von der abendländischen Tradition herleiten oder von christlichen Grundlagen her begründen läßt. Deshalb fordern namhafte christlich-demokratische Europapolitiker eine „sehr grund-

sätzliche Besinnung auf das Verhältnis zwischen dem jeweils eigenen nationalen Selbstverständnis sowie dem eigenen nationalen Interesse und dem Gesamtprojekt Europa: eine Besinnung auf das ideelle und auf das materielle gemeinsame Fundament“ (Karl Lamers/Wolfgang Schäuble 1999).

Die Auseinandersetzung innerhalb der Christlichen Demokratie über die eigenständige Identität eines vereinigten Europas gilt nicht nur der verfassungspolitischen Struktur, der Funktionstüchtigkeit, Wert- und Traditionsorientierung sowie Stabilitätssicherung der EU. Besondere Schwierigkeiten bereitet das Problem der Grenzziehung. Jede Erweiterung der EU vermehrt die kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten und verändert unweigerlich die Zielvorstellungen und Strukturbildungen, die Wert- und Interessengrundlagen sowie die weltpolitische Rolle Europas. Beispielsweise würde mit dem Beitritt der Türkei, sieht man einmal ganz von der erheblichen kulturellen Differenz ab, die künftige gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik bis an die Grenzen Syriens, des Iraks und Irans und bis in die Kaukasus-Region ausgedehnt. In geschichtlicher Analogie würde das Reich Alexanders des Großen an die Stelle des Reichs Karls des Großen treten.

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts ist durch die Osterweiterung der EU und der NATO eine neue Kräftekonstellation entstanden, in der sich das Verhältnis Europas zu Amerika zu verändern beginnt. Der „gesamatlantische“ Führungsanspruch der USA kollidiert immer mehr mit dem europäischen Streben nach einer eigenständigen Sicherheits- und Verteidigungsidentität. Der Politik stellt sich die Aufgabe, im atlantischen Raum und im ungeteilten Europa das bipolare System durch eine multilaterale Ordnung um die Kerne EU und NATO abzulösen. Werden die Europäer nach außen geschlossen, als gleichwertiger und zu eigenständigem Krisenmanagement fähiger Partner der USA auftreten können?

Den Unionsparteien fällt es nicht leicht, sich auf diese Herausforderungen des 21. Jahrhunderts einzustellen. Mit ihrer christlichen Grundhaltung, mit ihrem Bekenntnis zur politischen Kultur des Westens, mit ihrem Eintreten für rechtsstaatliche Freiheit, parlamentarische Demokratie und Soziale Marktwirtschaft sind CDU und CSU in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zur Hauptkraft der Christlichen Demokratie in Europa geworden. Aus dieser starken Stellung heraus, durch Revitalisierung ihres politischen Potentials, sollten sie auch in der pluralistischen offenen Gesellschaft der europäischen Union in der Lage sein können, Orientierungen anzubieten, übergreifende Botschaften zu vermitteln und Konsens über politisch-moralische Werte herzustellen. Die Christlichen Demokraten haben dabei mit ihrem Bekenntnis zu vorgegebenen Wahrheiten, mit ihren Grundsätzen der Solidarität und Subsidiarität sowie mit ihrer Auffassung vom Menschen und seiner unantastbaren Würde keine schlechtere Ausgangsposition als Sozialisten und Liberale. Manche meinen sogar, die Chancen der Christlichen Demokratie im zusammenwachsenden Europa seien „daher größer als je zuvor“ (Christoph Böhr).

Das vereinigte Europa bleibt die große politische Utopie unserer Gegenwart. Die Christliche Demokratie sollte es größter Anstrengung für wert halten, durchzusetzen, daß diese Utopie Wirklichkeit wird. Ihre Leidenschaft, mit Europa ernst zu machen, darf nicht erlöschen, wie auch immer die „Modelle“ heißen mögen – ob Paneuropa, Vereinigte Staaten von Europa, Föderation der europäischen Nationen oder europäische Friedensordnung. Und sie täte gut daran, dabei jene Prämisse zu beherzigen, die Konrad Adenauer in Europas tiefster Not, wenige Monate nach Ende des Zweiten Weltkrieges, benannt hat: „Europa ist nur möglich, wenn eine Gemeinschaft der europäischen Völker wiederhergestellt wird, in der jedes Volk seinen unersetzlichen, unvertretbaren Beitrag zur europäischen

Wirtschaft und Kultur, zum abendländischen Denken, Dichten und Gestalten liefert“ (1946).

Lit.: BECKER, Winfried: Die europäische Einigung und die Unionsparteien. Von den Anfängen in der Nachkriegszeit bis zur Gegenwart, in: HPM 1 (1994), S. 135–154; BECKER, Winfried/MORSEY, Rudolf (Hg.): Christliche Demokratie in Europa. Grundlagen und Entwicklungen seit dem 19. Jahrhundert. Köln 1988; BEILKEN, Kurt: Architekten und Baumeister des europäischen Hauses. Eine Dokumentation über das Wirken deutscher Christdemokraten für die Einheit Europas seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Bonn 1993; BUCHSTAB, Günter/UERTZ, Rudolf (Hg.): Christliche Demokratie im zusammenwachsenden Europa. Entwicklungen, Programmatik, Perspektiven. Freiburg 2004; Frei und geeint. Europa in der Politik der Unionsparteien. Darstellungen und Dokumente. Hg. von Günter RINSCHKE. Köln 1997; GADDUM, Eckart: Die deutsche Europapolitik in den 80er Jahren. Interessen, Konflikte und Entscheidungen der Regierung Kohl. Paderborn 1994; GEHLER, Michael/KAISER, Wolfram/WOHNOUT, Helmut (Hg.): Christdemokraten in Europa im 20. Jahrhundert. Wien 2001; JANSEN, Thomas: Die Entstehung einer europäischen Partei. Vorgeschichte, Gründung und Entwicklung der EVP. Bonn 1996; KÜHNHARDT, Ludger: Christliches Menschenbild im Prozeß der europäischen Einigung. Erfahrungen und Perspektiven (Kirche und Gesellschaft 280). Köln 2001; LOTH, Wilfried: Der Weg nach Europa. Göttingen 1990; VARWICK, Johannes/KNELANGEN, Wilhelm (Hg.): Neues Europa – alte EU? Fragen an den europäischen Integrationsprozeß. Opladen 2004; WEIDENFELD, Werner: Konrad Adenauer und Europa, in: Macht bedeutet Verantwortung. Adenauers Weichenstellungen für die heutige Politik. Hg. von Gerd LANGGUTH. Köln 1994, S. 95–113; Zur Geschichte der christlich-demokratischen Bewegung in Europa. Hg. von der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments (Schriftenreihe der Europäischen Volkspartei 4). Melle 1990.